

# Der „erste Krieg des 21. Jahrhunderts“?

Karl-Heinz Kamp

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind Opfer des wohl schlimmsten Terroranschlages in der Geschichte geworden. Eine bislang noch unübersehbare Menge unschuldiger Menschen fand den Tod, weil Symbole amerikanischer Wirtschaftskraft und militärischer Macht – das World Trade Center und das Pentagon – zerstört wurden.

In das weltweite Entsetzen und die Wut über diesen barbarischen Akt mischt sich gerade in den westlichen Industrienationen schleichend die Angst um die eigene Sicherheit. Je mehr sich das wahre Ausmaß der Katastrophe abzeichnet, desto deutlicher wird, dass der Terror nicht allein den USA als Staat galt, sondern auch einem Gesellschaftsmodell und einer Lebensform, die verkürzt mit dem *Western Way of Life* umschrieben wird. Aus diesem Verständnis heraus ist auch das in diesen Tagen immer wieder gebrauchte Wort vom „Krieg“ nicht nur eine aus dem Zorn geborene Überzeichnung. Es markiert stattdessen eine grundlegende Veränderung, die Terrorismus nicht mehr als kriminellen Akt, sondern als existenzielle Bedrohung für freiheitliche Gesellschaften versteht.

Dies erklärt auch die neue Qualität internationaler Reaktionen. Solidaritätsbekundungen sind nicht mehr bei Katastrophen übliche rhetorische Pflichtübungen oder austauschbare Bestandteile von Betroffenheitsadressen. Stattdessen rückt der zivilisierte Teil der Welt in einer bislang nicht gekannten Weise zusammen, um sich dem zu stellen, was Präsident

George W. Bush in einer ersten Reaktion den „monumentalen Kampf zwischen Gut und Böse“ genannt hat.

Die historische Entscheidung der NATO-Verbündeten, den Massenmord in den USA als Angriff im Sinne des Artikels fünf des NATO-Vertrages zu werten, ist Ausdruck dieser Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Wenn es sich auch um einen zunächst politisch-symbolischen Akt handelt, so ist das Signal doch eindeutig: Die europäischen NATO-Partner sind bereit, den gleichen Beistand zu leisten, den sie von den USA in den Dekaden des Kalten Krieges erwartet haben. Dies gilt auch und gerade für Deutschland, dessen Freiheit und Wohlstand ohne das Engagement der Vereinigten Staaten undenkbar gewesen wäre. Folgerichtig waren es auch nicht die USA, die im Nordatlantikrat die Bündnissolidarität einforderten – die Initiative ging stattdessen von Generalsekretär George Robertson aus. Nur einen Tag nach dem Beschluss der NATO stellte sich Russland in einer Sondersitzung des NATO-Russland-Rates (also des Gremiums, das Russland einst aus Protest gegen den Kosovo-Krieg verlassen hatte) eindeutig an die Seite des Atlantischen Bündnisses und der USA. Auch die Erklärung der EU, in der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus enger mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, ist weit mehr als ein Lippenbekenntnis. Die Agenda der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die sicherheitspolitische Kooperation zwischen EU und

NATO werden um eine neue Dimension erweitert werden.

## Bange Fragen

Diese bei aller Tragik ermutigenden Anzeichen der Entschlossenheit und des transatlantischen Gemeinsinns können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Blick in die Zukunft Anlass für bange Fragen gibt. Wird dieser verheerende Schlag gegen die USA, durch den die größte Militärmacht der Erde mit vergleichsweise geringem Aufwand gedemütigt wurde, zur Nachahmung reizen? Werden terroristische Massenmorde in westlichen Industrienationen das Menetekel der Zukunft sein? Ist Schutz gegenüber Terrorismus in freien Gesellschaften und angesichts grenzenloser Mobilität überhaupt möglich? Sind noch Steigerungen terroristischer Zerstörungswut denkbar, die in dem Einsatz biologischer oder chemischer oder radioaktiver Substanzen gipfeln? Und schließlich: Wie wäre etwa die Bundesrepublik Deutschland auf einen Terroranschlag mit derartigen Massenvernichtungsmitteln vorbereitet?

Auf die Mehrzahl dieser Fragen gibt es derzeit noch keine Antwort. Gerade mit Blick auf Schutz und Vorbeugung sind die Handlungsoptionen begrenzt, ist es doch gerade das Wesen des Terrorismus, nahezu an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt zuschlagen zu können.

Wenn aber die Möglichkeit der Prävention nur begrenzt gegeben ist, so stellt sich umso dringender die Frage nach dem raschen und wirkungsvollen Handeln im Katastrophenfall. Was wäre also, wenn religiöse Fanatiker radioaktive Stoffe in einer belebten Einkaufspassage in Deutschland freisetzen würden? Was geschähe, wenn Terroristen eine selbst gebaute biologische Waffe in einer deutschen Großstadt zünden würden?

Solche Horrorszenarien sind nicht erst seit dem Schrecken von New York und Washington äußerst real. Chemische

oder biologische Waffen – häufig auch als „Atomwaffen des armen Mannes“ bezeichnet – sind heute mithilfe des Internets, weltweiten Geschäftsverbindungen und allgemein verfügbaren Grundstoffen vergleichsweise leicht zu fertigen. Hinzu kommt das so genannte *Dual-use-Problem* im atomaren, biologischen und chemischen Bereich: Nahezu alles, was für Energieerzeugung, Pharmazie, Pflanzenschutz oder Biotechnologie genutzt werden kann, lässt sich auch in gefährliche Kampfstoffe umwandeln. Wie würde Deutschland aber mit einer solchen Katastrophe umgehen, wenn sie denn schreckliche Wirklichkeit werden sollte?

## Notwendige Vorsorge

Eigentlich müsste gerade in der Bundesrepublik die notwendige Vorsorge existieren, gab es zur Zeit des Ost-West-Konfliktes doch detaillierte Pläne, die etwa im Falle eines Einsatzes von chemischen Waffen durch die Streitkräfte des damaligen Warschauer Paktes zur Geltung gekommen wären. Heute hilft das alles wenig, nicht nur weil der Kalte Krieg längst Geschichte ist, sondern weil all diese Katastrophenpläne nur unter Kriegsbedingungen – das heißt unter Kriegsrecht – umgesetzt worden wären. Derzeit existiert von diesen Vorsorgemaßnahmen kaum noch etwas. Mehr noch, niemand weiß so recht, welche Behörden und Organisationen im Falle einer Krise was tun können und sollen.

Schaut man sich die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und innerhalb der Bundesregierung genauer an, so zeigt sich ein erstaunliches Maß an Zersplitterung und Überschneidung. So ist Katastrophenschutz in Deutschland in erster Linie Sache der Länder und dort teilweise – wie etwa bei der Feuerwehr – bis auf die Ebene der Kommunen delegiert. Allerdings hatte die Bundesregierung bereits 1988 als Folge des Reak-

torunglückes von Tschernobyl Kompetenzen an sich gezogen und im Falle des Oder-Hochwassers oder des Eisenbahnunfalls von Eschede auch ausgeübt. Innerhalb der Bundesregierung gibt es aber ungeklärte Zuständigkeiten und Grauzonen, die ein rasches Handeln im Falle eines der oben beschriebenen Katastrophenszenarios extrem erschweren. So ist nicht einmal in allen Fällen klar, wer überhaupt den Katastrophenfall verkündet – der Bundesinnenminister oder der Umweltminister? Auch haben eine Vielzahl von Ministerien und nachgeordnete Behörden einzelne Fähigkeiten und Kapazitäten entwickelt, ohne dass allerdings ein gemeinsames Handeln sichergestellt ist. So verfügt das zum Innenministerium gehörende Bundesamt für Zivilschutz über eine große Datensammlung zu chemischen Waffen und möglichen Schutzmaßnahmen. Das Landwirtschaftsministerium hat Computermodelle zur Ausbreitung von Epidemien erstellt. Beides überschneidet sich mit der Zuständigkeit des Bundesverteidigungsministeriums für biologische und chemische Waffen. Eine formale Absprache zwischen diesen Ressorts existiert aber nicht. Auch besitzt die Bundeswehr einige besondere Fähigkeiten für die Katastrophenbekämpfung im Bereich der Massenvernichtungswaffen. Ob diese auch im nicht-militärischen Bereich nutzbar sind, ist politisch umstritten.

Über eine umfassende Datensammlung zu Gefahrenstoffen im atomaren, biologischen und chemischen Bereich verfügt auch das Bundesumweltministerium. Bei der Weitergabe dieser Informationen stellt sich aber das Problem des Datenschutzes, da viele der Substanzen industriell genutzt werden. Speziell dem Problem des nuklearen Terrorismus hat sich die „Arbeitsgruppe Nukleare Nachsorge“ im Bundesumweltministerium gewidmet. Ob ihre Vorschläge aber angesichts knapper Mittel realisierbar und

auch auf Länderebene umzusetzen sind, ist unsicher.

## Neue Prioritäten

Andere Länder stehen im internationalen Vergleich besser da. So hatten die Vereinigten Staaten spätestens seit dem Anschlag der japanischen Aun-Shrinjiko-Sekte auf die U-Bahn in Tokyo ihr Budget für die Bekämpfung von atomaren, biologischen oder chemischen Katastrophen im eigenen Land erheblich erhöht. Organisationsstrukturen wurden gestrafft, und spezielle Teams aus Medizinern, Feuerwehrleuten, Technikern und Militärs stehen in verschiedenen Regionen bereit. Sie können im Ernstfall auf eingelagertes Gerät oder Medikamentenbestände zurückgreifen, um so rasch und effektiv reagieren zu können. Seit längerem finden in Washington überwiegend nachts intensive Übungen von Spezialkräften statt, in denen etwa die Evakuierung von wichtigen Gebäuden und Straßenzügen durchgespielt wird. Dass solche Vorbereitungen bei einer jedes Maß sprengenden Tragödie wie der von New York nur begrenzt wirksam sein können, macht sie nicht unwichtiger.

Von einem solchen Grad der Vorbereitung auf das „Udenkbare“ sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt, nicht nur wegen der ungeklärten Kompetenzen. Hier ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Drahtzieher und Unterstützer darf nicht nachlassen, wenn die schrecklichen Bilder von Manhattan verblasst sind. Vor allem sind neben politischen Willenserklärungen auch die dazugehörigen Mittel erforderlich, um Pläne und Konzepte umsetzen zu können. Finanzielle Prioritäten müssen neu gesetzt werden. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für all jene Länder, die sich in diesen Tagen demonstrativ an die Seite der USA stellen.